Kleine Anfrage

Regierungskanäle auf den sozialen Medien

Frage von	Landtagsabgeordneter Sebastian Gassner
Antwort von	Regierungschef Daniel Risch

Frage vom 01. Juni 2022

Vor Kurzem hat die liechtensteinische Regierung angekündigt, dass sie die Kommunikation in den sozialen Medien verstärken möchte. Dieses Angebot stellt für die Bevölkerung ein zusätzliches Medium dar, um sich über die politisch geprägte Arbeit der Regierung zu informieren. Dies stellt auch ein Zusatzangebot zu den Social-Media-Kanälen von diversen unabhängigen Medienunternehmen oder zu dem staatlich finanzierten Liechtensteinischen Rundfunk dar. Da mir die Intention hinter diesem Vorhaben nicht ersichtlich ist, ergeben sich mir folgende fünf Fragen:

* Welche personellen und finanziellen Ressourcen nimmt die Pflege der einzelnen Social-Media-Kanäle der Gesamtregierung sowie der einzelnen Regierungsmitglieder in Anspruch?
* Auf wessen Initiative oder auf welches Bedürfnis hin wurde die Kommunikation auf den Social-Media-Kanälen der Regierung verstärkt und wie verlief der Prozess bis zum Ausbau der Aktivitäten?
* Durch welche Kontrollinstanzen ist die politische Unabhängigkeit der von der Regierung betriebenen Social-Media-Seiten gewährleistet?
* Nach welchen Kriterien wird entschieden, welche Inhalte auf den Seiten der sozialen Medien Platz finden oder wie die Kanäle moderiert werden?
* Welche Überlegungen stecken hinter der inhaltlichen und optischen oder grafischen Gestaltung der Social-Media-Seiten der Regierung?

Antwort vom 03. Juni 2022

Zu Frage 1:

Die Social-Media-Kanäle der Gesamtregierung werden von der Abteilung Information und Kommunikation der Regierung (IKR) bewirtschaftet und verantwortet. Die Zuständigkeit ist auf drei bestehende Mitarbeitende aufgeteilt. Für die Bewirtschaftung der persönlichen offiziellen Accounts der einzelnen Regierungsmitglieder sind die Regierungsmitglieder selbst verantwortlich. Die IKR kann aber zur Unterstützung und bei Fragen beigezogen werden, wobei die inhaltliche Verantwortung immer beim Regierungsmitglied liegt.

Die Bespielung der Social-Media-Accounts der Regierung wird aktuell als sechsmonatiges Pilotprojekt durchgeführt. In dieser Pilotphase wurden bis Ende Mai 2022 knapp CHF 13'000 verbucht. In diesen Kosten sind insbesondere die technische Infrastruktur (Administrationssoftware) sowie Bild- und Videomaterial enthalten. Die Kosten werden auf dem Konto 012.318.03 Experten, Gutachten, Öffentlichkeitsarbeit der Regierung verbucht.

Zu Frage 2:

Die sozialen Medien bilden einen festen Bestandteil der heutigen Kommunikationslandschaft. Es ist davon auszugehen, dass die sozialen Medien ihre Stellung auch in den kommenden Jahren behaupten oder gar noch ausbauen werden. Auch in der politischen Landschaft haben die sozialen Medien mittlerweile eine bedeutende Rolle eingenommen, was bei der Verbreitung von offiziellen Informationen und politischen Inhalten sowie anhand politischer Diskurse weltweit aber auch in Liechtenstein und den angrenzenden Ländern klar zu erkennen ist.

Die gesetzliche Grundlage für die Informations- und Kommunikationstätigkeit der Regierung findet sich im Informationsgesetz, insbesondere in den Artikeln 1 und 3. Dort ist unter anderem normiert, dass „die Tätigkeit der staatlichen Behörden [ ] transparent gemacht werden [soll], um die freie Meinungsbildung der Bevölkerung und um das Vertrauen in die Tätigkeit der Behörden zu fördern“. Des Weiteren ist die Regierung gemäss Gesetz angehalten „nach den Grundsätzen der Rechtzeitigkeit, der Vollständigkeit, der Sachgerechtheit, der Klarheit, der Kontinuität, der Ausgewogenheit und der Vertrauensbildung“ zu kommunizieren. Gerade die Onlinekommunikation und die sozialen Medien bieten hierzu eine gute Möglichkeit. Das wurde schon in den Jahren 2010 und 2015 erkannt, als die Regierung einen offiziellen Twitter-Account respektive einen offiziellen Facebook-Kanal einrichtete.

Diese Gründe haben die Regierung dazu bewogen, ihre bisherigen Aktivitäten in den sozialen Medien auszubauen. Die Regierungs-Accounts sollen dabei den Dialoggruppen als Ergänzung zu den bestehenden etablierten Kommunikationskanälen, wie bspw. Tageszeitungen oder Radio, aber auch die Regierungs-Webseite, dienen. Zudem soll die Regierungsarbeit transparent gemacht und erklärt werden.

Das Ministerium für Präsidiales und Finanzen (MPF) hat daher gemeinsam mit der IKR Anfang 2022 die Frage erörtert, wie mit den zwei seit einigen Jahren bestehenden offiziellen Social-Media-Accounts der Regierung weiterverfahren werden soll. Bis Anfang 2022 wurden der Facebook- und Twitter-Account der Regierung nur vereinzelt genutzt, um die Medienmitteilungen, die über die IKR versandt werden, zu veröffentlichen. Nicht betrachtet wurden zu diesem Zeitpunkt die verschiedenen Social-Media-Auftritte einzelner Ämter oder Ministerien.

Die IKR hat in Abstimmung mit dem MPF einen Leitfaden für ein Pilotprojekt erstellt. Dieser wurde im Februar 2022 der Regierung vorgelegt und von dieser genehmigt. Die Regierung hat sich für eine sechsmonatige Pilotphase ausgesprochen, um basierend darauf über die Fortführung und einen allfälligen Ausbau zu beraten. In dieser Pilotphase liegt der Fokus darauf, die beiden genannten Accounts durch die IKR wiederzubeleben und aktiv mit Inhalten rund um die Regierungstätigkeiten zu bespielen. Diese Pilotphase läuft seit 1. März 2022.

Zu Frage 3:

Die gemeinsame Kommunikation der Regierung in den sozialen Medien ist an die Regierungstätigkeit gebunden. Sie folgt damit den gleichen Grundsätzen wie die restliche Arbeit der Abteilung IKR. Parteipolitische Inhalte oder persönliche Meinungen finden auf den eigenen Social-Media-Plattformen der Regierungsmitglieder oder auf den Plattformen der jeweiligen Parteien statt.

Zu Frage 4:

Das Wochenprogramm der fünf Regierungsmitglieder spielt bei der Bewirtschaftung der Accounts eine wichtige Rolle. Die IKR-Mitarbeitenden tauschen sich laufend über das Wochenprogramm und die Medienaussendungen der Regierung aus und entscheiden aufgrund Relevanz und Mehrwert für die Dialoggruppen, welche Inhalte publiziert werden. Die IKR hat auch unabhängig der Social-Media-Aktivitäten einen guten Überblick über die öffentlichen Auftritte der Regierungsmitglieder, da alle Medienmitteilungen und Medienkonferenzen mit der Abteilung abgestimmt sind.

In diesem Zusammenhang ist ergänzend die Social-Media-Netiquette der Regierung, auf die in den Social-Media-Profilen verwiesen wird, zu erwähnen. Sie ist unter www.regierung.li/netiquette abrufbar.

Zu Frage 5:

Wie bereits in der Antwort zu Frage 4 ausgeführt, entscheiden die IKR-Mitarbeitenden aufgrund von Relevanz und Mehrwehrt, welche Inhalte publiziert werden. Ausserdem wird ein Augenmerk darauf gelegt, den Dialoggruppen einen Einblick in die Räumlichkeiten des Regierungsgebäudes und die Tätigkeiten der Mitarbeitenden der Regierung zu geben.

Die optische und grafische Gestaltung der Seiten ist stark von den Plattformen vorgegeben, auf denen die Profile angesiedelt sind. Im Rahmen der Möglichkeiten wird dem visuellen Auftritt der Regierung und der Behörden in gedruckter Form gefolgt.